

---

## Januar 2020

- 01.01. Jean-François Cirelli, Präsident der Fondsgesellschaft Blackrock France, wird mit dem Offiziersorden der Ehrenlegion ausgezeichnet. Die Ehrung des Vertreters einer Firma, die u.a. mit privater Altersvorsorge Geld verdient, wird in einer Zeit, in der über die Rentenreform gestritten wird, von linker und rechter Opposition als Provokation empfunden.
- 02.01. Vanessa Springoras veröffentlicht den autobiographischen Roman "Le Consentement" (dt.: die Einwilligung), in dem sie schildert, wie sie als 13-jährige ihre Liaison mit dem damals 50-jährigen Schriftsteller Gabriel Matzneff erlebte. Daraufhin beginnt eine Diskussion über die Tolerierung von pädophilen Verhalten nach 1968 und wie damit in der Gegenwart umgegangen werden soll. Die staatliche Rente für Matzneff wird wegen der im Buch erhobenen Vorwürfe ausgesetzt, die Staatsanwaltschaft nimmt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Vergewaltigung einer Minderjährigen auf.
- 08.01. Bei einer Pressekonferenz nach seiner Flucht aus dem japanischen Hausarrest in den Libanon stellt sich der frühere Chef der Autoallianz Renault-Nissan Carlos Ghosn als Opfer widerstreitender staatlicher Interessen dar.
- 09.01. Der Kurierfahrer Cédric Chouviat kommt bei einer Verkehrskontrolle ums Leben. Den beteiligten Polizeibeamten wird vorgeworfen, übermäßig gewalttätig gegen Chouviat vorgegangen zu sein. Die Diskussion über den Missbrauch der Amtsgewalt durch Polizeibeamte erhält so neue Nahrung.
- 10.01. Nach 38 Streiktagen erklärt sich die Regierung dazu bereit den Plan, volle Altersbezüge künftig erst bei einem Renteneintritt im Alter von 64 Jahren zu bezahlen, aufzugeben. Sie knüpft dieses Zugeständnis an die Bedingung, dass die Sozialpartner bis Ende April 2020 alternative Vorschläge vorlegen sollen, um die Finanzierung des Rentensystems dauerhaft zu sichern.  
Präsident Emmanuel Macron stellt sich den Fragen der 150 per Los ausgewählten Bürger, die sich gemeinsam Maßnahmen zum Klimaschutz überlegen sollen.
- 13.01. Die deutsche Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner und ihr französischer Amtskollege Didier Guillaume kündigen an, sich auf EU-Ebene gemeinsam für ein Ende des Massentötens männlicher Küken bis Ende 2021 einzusetzen zu wollen.  
Frankreich und die G5-Sahelstaaten Niger, Tschad, Mauretanien, Burkina Faso und Mali gründen in Pau eine militärische "Sahel-Koalition" zur Bekämpfung des Terrorismus in der Sahel-Zone. In einer gemeinsamen Erklärung sprechen sich alle beteiligten Staaten für eine Ausweitung des französischen Militäreinsatzes in der Region aus und bitten zugleich um verstärkte internationale militärische Unterstützung dafür.
- 20.01. Nach insgesamt 45 Tagen Streik gegen die geplante Rentenreform kehren die SNCF und der ÖPNV zum normalen Fahrplan zurück.
- 22.01. Der deutsch-französische Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit tritt zu seiner konstituierenden Sitzung auf dem Hambacher Schloss zusammen.  
Monika Grütters, Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, übergibt in Berlin drei Gemälde aus dem Besitz von Armand Dorville an dessen Großnichte Francine Kahn. Die Sammlung des französischen Anwalts jüdischen Glaubens war 1942 auf Druck der deutschen Besatzer versteigert worden, die Bilder waren 2012 in der Sammlung von Cornelius Gurlitt wiederentdeckt worden.
22. - 23.01. Präsident Emmanuel Macron besucht Israel und nimmt am 23. Januar am World Holocaust Forum in Jerusalem teil. Am Tag zuvor hat er in der Altstadt Jerusalems wichtige Stätten der christlichen, jüdischen und muslimischen Religion besucht. Beim Eintritt in die St. Anna-Kirche, die sich seit dem 19. Jahrhundert im Besitz Frankreichs befindet, kommt es zu einem Wortwechsel zwischen Macron und israelischen Sicherheitsbeamten, die unberechtigterweise französisches Staatsgebiet betreten haben. Ein ähnlicher Vorfall hat sich bereits 1986 bei einem Besuch des damaligen Präsidenten Jacques Chirac in Jerusalem ereignet.
- 23.01. Der Senat lehnt bei Stimmengleichheit den Artikel 2 des Bioethikgesetzes ab. Durch diesen Artikel sollte die Konservierung von Eizellen erlaubt werden, um Schwangerschaften zu einem späteren Zeitpunkt zu ermöglichen.

- 24.01. Das Kabinett stimmt der Rentenreform der Regierung zu. Künftig soll es eine Mindestrente von 1000 € geben, durch ein Punktesystem soll jeder eingezahlte Euro bei der Rentenberechnung berücksichtigt werden. Die Bewertung soll an die höhere Entwicklung der Gehälter gebunden werden, nicht wie bislang an die Inflationsrate.
- 27.01. Die Arbeitslosigkeit ist im viertem Quartal 2019 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 3,1 % gesunken und lag bei 8,1 %, dem niedrigsten Stand seit 2008.
- 28.01. Landwirtschaftsminister Didier Guillaume kündigt an, dass ab Ende 2021 das Töten männlicher Küken und die Kastration von Ferkeln ohne Betäubung verboten werden soll.  
Luca de Meo wird vom Verwaltungsrat der Renault-Gruppe zum Generaldirektor von Renault ab dem 01.07.2020 ernannt.
- 29.01. Nachdem sich eine 16-jährige Schülerin im Onlinedienst Instagram als Reaktion auf homophobe Behauptungen negativ über den Islam geäußert und dafür u.a. Todesdrohungen erhalten hat, nimmt die französische Justizministerin Nicole Belloubet das Mädchen nicht eindeutig in Schutz und bezeichnet Religionsbeleidigung als eine "Verletzung der Gewissensfreiheit".
- 30.01. Der europäische Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt Frankreich wegen der unmenschlichen Haftbedingungen, unter denen viele Strafgefangene in überbelegten Gefängnissen leiden müssen.  
Kardinal Barbarin wird von einem Berufungsgericht in Lyon vom Vorwurf freigesprochen, den sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen durch die Nichtanzeige des beschuldigten Priesters begünstigt zu haben. Barbarin kündigt nach der Urteilsverkündung an, den Papst nochmals darum zu bitten, von seinem Kardinalsamt in Lyon entbunden zu werden.  
Die Abgeordneten der Mehrheitsfraktion von LREM lehnen eine Verlängerung des Sonderurlaubs für Eltern, die ein Kind verloren haben, von fünf auf zwölf Tage mit der Begründung ab, dass man den Unternehmen dies nicht zumuten könne. Vertreter der Opposition, aber auch der Regierung, äußern darüber ihr Unverständnis, Präsident Emmanuel Macron fordert die Regierung auf, diese Entscheidung noch einmal zu überdenken und "Menschlichkeit zu zeigen".  
Präsident Emmanuel Macron und Bundesforschungsministerin Anja Karliczek weihen in Nersac (Charente) die Pilotfabrik für eine europäische Fertigung von Batteriezellen für Elektroautos ein.

## Februar 2020

03. - 04.02. Bei einem Staatsbesuch in Polen spricht sich Präsident Emmanuel Macron für die Wiederbelebung des deutsch-französischen-polnischen Austausch aus und schlägt ein trilaterales Gipfeltreffen in den nächsten Monaten vor.
- 04.02. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Johann Wadephul schlägt vor, Frankreichs Atomwaffen unter EU-Kommando zu stellen. Als Gegenleistung solle Deutschland bereit sein, „sich mit eigenen Fähigkeiten und Mitteln“ an einer deutsch-französischen Zusammenarbeit zur nuklearen Abschreckung zu beteiligen.
- 06.02. Präsident Emmanuel Macron bietet seinen europäischen Partnern in einer Grundsatzrede zur Verteidigungspolitik einen „strategischen Dialog“ über die atomare Abschreckung an und lädt sie ein, an Übungen der französischen Atomstreitkräfte teilzunehmen.  
Am neunten Protesttag gegen die Rentenreform gehen, so das Innenministerium, landesweit 121.000 Menschen auf die Straße und damit deutlich weniger als zu Beginn der Proteste (am 5. Dezember protestierten insgesamt 805.000 Bürger in verschiedenen französischen Städten).  
Der Verwaltungsrat des Energieversorgungskonzerns Engie beschließt, das Mandat der Generaldirektorin Isabelle Kocher, der einzigen weiblichen Führungskraft eines CAC 40-Unternehmens, nicht zu verlängern. Diese Entscheidung wird von Oppositionspolitikern aus dem links-grünen und bürgerlich-konservativen Lager kritisiert und auch als Votum gegen Frauen in Führungspositionen gewertet.

- 
05. - 06.02. Bei ihrem dritten Treffen befragt die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer und Ihre französische Amtskollegin Florence Parly zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik beider Länder, u.a. zu Regeln für Rüstungsexporte und zu gemeinsamen Rüstungsprojekten.  
Außerdem werden zwei Arbeitsgruppen eingesetzt: Eine zur Harmonisierung des Wirtschafts- und Insolvenzrechts, eine zum European Green Deal.
- 11.02. Präsident Emmanuel Macron stellt einen Katalog von Maßnahmen vor, die ermöglichen sollen, dass die 12 Millionen Behinderten im Land "ein Leben wie die anderen gemeinsam mit den anderen" führen können. U.a. sollen ab dem Schuljahr 2020/21 alle behinderten Kinder die Möglichkeit erhalten, am Schulunterricht teilzunehmen.
- 13.02. Der Vorstand der Akademie, die alljährlich die Filmpreise Césars verleiht, kündigt an, nach der Preisverleihung Ende Februar zurückzutreten. Damit reagiert er auf die immer lauter werdenden Vorwürfe aus der Filmbranche, bei der Auswahl der Preisträger intransparent und diskriminierend vorzugehen.  
In einem Interview mit der Zeitung "Le Dauphiné Libéré" unterstreicht Präsident Emmanuel Macron "das Recht auf Blasphemie", das auch beinhaltet, "Religion zu kritisieren und zu karikieren" und stellt sich damit auf die Seite der Schülerin, die wegen abfälliger Äußerungen über den Islam Morddrohungen erhalten hatte.
- 14.02. Benjamin Griveaux, LREM-Spitzenkandidat bei den Kommunalwahlen in Paris, tritt nach Veröffentlichung eines privaten Sex-Videos zurück. Veröffentlicht hat es der in Paris lebende russische Konzeptkünstler und politische Aktivist Piotr Pavlensky mit dem Ziel, "die Scheinheiligkeit des Politikers" zur Schau zu stellen. Pavlensky und die Adressatin des Videos, eine Studentin, werden deshalb verhaftet, Griveaux erstattet Anzeige wegen Verletzung der Intimsphäre.
- 15.02. Bei seiner ersten Teilnahme an der Münchner Sicherheitskonferenz bekennt sich Präsident Emmanuel Macron zur NATO, fordert aber zugleich intensivere europäische Anstrengungen, um eigenverantwortlich die gemeinsame Sicherheit in Europa gewährleisten zu können. Außerdem spricht er sich für mehr innereuropäische Investitionen aus, um der Mittelschicht, die dabei sei, den Glauben an die Demokratie zu verlieren, eine Perspektive zu geben.
- 16.02. Olivier Véran wird neuer Gesundheitsminister, seine Vorgängerin Agnès Buzyn übernimmt die nach dem Rückzug von Benjamin Griveaux vakante LREM-Spitzenkandidatur in Paris.
- 17.02. In der Assemblée Nationale beginnt die Debatte über die von der Regierung eingebrachte Rentenreform. Insgesamt liegen 41.000 Anträge zur Änderung des Vorhabens vor, die v.a. von Abgeordneten der Oppositionsparteien La France Insoumise (LFI - 23.000) und Parti Communiste Française (PCF - 13.000) eingereicht wurden. Vertreter der Regierungspartei La République en Marche (LREM) sprechen deshalb von einem Sabotageakt der Linken.  
Der französische Konzern Alstom und der kanadische Konzern Bombardier kündigen an, ihr Schienenfahrzeuggeschäft zusammenzulegen. Alstom wird Bombardier Transportation für einen Preis von 5,8 bis 6,2 Mrd. € übernehmen.
- 18.02. Präsident Emmanuel Macron besucht in Mulhouse den Stadtteil Bourzwiller, eines der 47 "Viertel der republikanischen Rückeroberung", in denen durch eine stärkere Präsenz der Polizei und eine verstärkte Aktivität von Sozialarbeitern und Vereinen die Bewohner aus der religiösen und sozialen Abschottung geholt werden sollen. Dabei bezeichnet Macron den Separatismus als gemeinsamen Feind, der gezielt bekämpft werden müsse.  
Frédéric Thiriez legt seinen Bericht über eine Reform des Spitzenbeamtentums vor: Darin schlägt er u.a. vor, bisher separate Ausbildungsgänge von hohen Beamten zusammenzulegen und ihren Praxisbezug zu erhöhen.
- 25.02. Die staatliche Investitionsbank Bpifrance legt einen Fonds auf, um französische Großunternehmen vor dem Einfluss ausländischer Fonds mit kurzfristigen Renditezielen zu schützen. Neben privaten Investoren beteiligen sich auch die Vereinigten Arabischen Emirate an dem Fonds.  
Die Europaausschüsse der Assemblée nationale, des Deutschen Bundestages und der italienischen Camera dei deputati treffen sich in Paris, um sich im neu gegründeten Format des
-

„Montecitorio-Dreiecks“ über den mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union für den Zeitraum 2021-2027 und über Grenz- und Nachbarschaftsfragen auszutauschen.

- 27.02. Beim 35. Französisch-Italienischen Gipfel in Neapel unterstreichen die Regierungen beider Länder ihren Wunsch nach einer Flexibilisierung des Stabilitätspakts und einer Reform des europäischen Wettbewerbsrechts zur Bildung "europäischer Champions".

## März 2020

- 02.03. Durch die Anwendung des Artikels 49.3. passiert die Gesetzesvorlage zur Einführung eines einheitlichen Rentensystems die Assemblée Nationale. Premierminister Edouard Philippe begründet diesen demokratisch umstrittenen Schritt mit der Blockadehaltung der Opposition, die mit 42.000 Änderungsanträgen die Rentenreform aufzuhalten versucht hat.
- 05.03. Universitäten und Forschungseinrichtungen protestieren gegen ein Gesetzesvorhaben, das für ihre Forschung Planungsvorgaben für mehrere Jahre und eine stärkere Einbindung privatwirtschaftlicher Interessen und finanzieller Mittel vorsieht.
- 09.03. Präsident Emmanuel Macron empfängt in Paris den militärischen Befehlshaber der Libysch-nationalen Armee General Haftar, der mit seinen Truppen gegen die international anerkannte Regierung Libyens unter Führung von Präsident Sarradsch kämpft. Dies wird als Geste gegenüber der türkischen Regierung gewertet, die entgegen bestehender Abkommen Sarradsch weiterhin militärische Unterstützung zukommen lässt.
- 11.03. Auf Anweisung von Präsident Emmanuel Macron beruft Gesundheitsminister Olivier Véran den Conseil scientifique Covid-19 ein, ein Komitee von Wissenschaftlern, die die Regierung bei ihren Entscheidungen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie beraten sollen.  
In Frankreich wird erstmals ein nationaler Gedenktag für die Opfer des Terrorismus begangen, den es auf europäischer Ebene seit 2005 gibt. An Orten, an denen in der jüngeren Vergangenheit Anschläge verübt wurden, finden Gedenkveranstaltungen statt.
- 15.03. Der erste Wahlgang der Kommunalwahlen findet statt, obwohl am 14. März 2020 wegen steigender Covid-19-Fallzahlen Stufe 3 bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie ausgerufen wurde. Die Wahlbeteiligung liegt bei knapp 45 % und damit fast 20 % unter der von 2014. In 85 % der Kommunen erzielt eine Liste bereits im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit. In den 15 % (meist größeren Gemeinden), in denen ein zweiter Wahlgang nötig ist, wird er vom 22. März auf einen unbestimmten Zeitpunkt verschoben.
- 16.03. Präsident Emmanuel Macron wendet sich in einer Fernsehansprache an die Bevölkerung, um vor den Gefahren der Corona-Pandemie zu warnen und um eine weitgehende Ausgangssperre für mindestens zwei Wochen zu verkünden: Das Haus darf nur noch zur Arbeit, für Einkäufe, für sehr wichtige Erledigungen, für Spaziergänge oder die Ausübung von Einzelsportarten verlassen werden. Private Treffen mit Angehörigen anderer Haushalte sind verboten; wer in der Öffentlichkeit angetroffen wird, muss bescheinigen können, wann und warum er seine Wohnung verlassen hat.  
Gleichzeitig erklärt Macron, dass alle laufenden Reformvorhaben, insbesondere die umstrittene Rentenreform, vorerst ausgesetzt werden.  
Nach diesen Ankündigungen verlassen ca. 200.000 Menschen den Großraum Paris, um die Zeit der Ausgangssperre an einem Zweitwohnsitz außerhalb der Metropole zu verbringen.  
Deutschland schließt ohne vorherige Absprache zahlreiche Grenzübergänge zu Frankreich und führt an den noch geöffneten Übergängen strenge Kontrollen durch: Aus Frankreich dürfen nur noch Berufstätige einreisen, die eine Bescheinigung ihres deutschen Arbeitgebers vorweisen können. Auf diese Weise sollen nicht dringend notwendige Grenzübertritte, z.B. zum Einkaufen, unterbunden werden.  
Bernard Preynat, der 2019 von der katholischen Kirche aus dem Priesterstand entlassen wurde, wird von einem Gericht in Lyon zu einer fünfjährigen Freiheitsstrafe wegen des sexuellen Missbrauchs schutzbefohlener Kinder zwischen 1972 und 1991 verurteilt. Preynat legt gegen das Urteil Berufung ein.
- 17.03. Die Gesetzesvorlage für die von Präsident Emmanuel Macron als Reaktion auf die Corona-Pandemie angekündigten Bestimmungen wird in der Assemblée Nationale vorgestellt und angenommen: Es gilt ab sofort zunächst für zwölf Tage der Gesundheitsnotstand (État d'urgence sanitaire), der Premierminister kann per Dekret die Freizügigkeit und die Gewerbe-

- freiheit einschränken und Versammlungsverbote anordnen. Der Staat darf Güter und Produktionsmittel beschlagnahmen.
- Finanzminister Bruno Le Maire kündigt an, dass der französische Staat Unternehmen 45 Mrd. € als Soforthilfen zur Verfügung stellen wird, 2 Mrd. davon sollen Betreiber von kleinen Läden und Gastronomen mit höchstens einer Mill. € Jahresumsatz erhalten. Wegen der Krise werde die staatliche Gesamtverschuldung 2020 auf über 100 % des BIP steigen, so der Minister.
- 22.03. Die Assemblée Nationale billigt die zeitweise Lockerung des Arbeitsrechts: In systemrelevanten Betrieben werden 60-Stunden-Wochen erlaubt, die Möglichkeiten für Arbeitgeber, bezahlten Urlaub zu verweigern oder anzuordnen, werden ausgeweitet.
- Baden-Württemberg nimmt Covid-19-Patienten aus der französischen Region Grand Est auf, am Tag danach erklären sich auch Rheinland-Pfalz und das Saarland dazu bereit, schwer erkrankte Personen aus Frankreich zu behandeln.
- 24.03. Albert Uderzo, Illustrator und Mitautor der Comicserie Asterix, stirbt.
- 25.03. Beim Besuch eines Krankenhauses in Mulhouse im besonders stark von der Corona-Pandemie betroffenen Département Haut-Rhin kündigt Präsident Emmanuel Macron massive Investitionen in das Gesundheitswesen als Konsequenz aus der Krise an.
- 26.03. Die Staatschefs der Europäischen Union beraten in einer Videokonferenz u.a. über die Bewältigung der sozioökonomischen Folgen der Corona-Pandemie. Präsident Emmanuel Macron fordert dabei mehr europäische Solidarität und die gemeinsame Aufnahme von Krediten zur Bewältigung der Krise.
- Per Dekret wird den Unternehmen die Möglichkeit gegeben, ihre Angestellten in Kurzarbeit zu schicken, die französische Regierung orientiert sich dabei an den in Deutschland geltenden Bestimmungen. Binnen kurzer Zeit beantragen 135.000 Unternehmen für insgesamt 1,6 Millionen ihrer Angestellten staatliche Unterstützung.
- 27.03. Premierminister Edouard Philippe verkündet die Verlängerung der am 17. März beschlossenen Maßnahmen bis zum 15. April.
- 30.03. Die Post trägt Briefe, Päckchen, Zeitungen nur noch an den Wochentagen Mittwoch bis Freitag aus. Nach heftigen Protesten, v.a. seitens der Presseverlage, kehrt sie zu einem viertägigen Rhythmus zurück.
- 31.03. Hubert Védrine, von 1997 - 2002 französischer Außenminister, wird als französischer Vertreter in die fünfköpfige Kommission berufen, die Ideen für die künftige Ausrichtung und Mission der NATO entwickeln soll.

## April 2020

- 01.04. Bei einem Besuch einer Schutzmaskenfabrik in Angers (einer von vier, die in Frankreich noch bestehen) fordert Präsident Emmanuel Macron wieder mehr in Frankreich und Europa zu produzieren, um sich vor einer Abhängigkeit von außereuropäischen Handelspartnern zu schützen.
- 03.04. Bildungsminister Jean-Michel Blanquer gibt bei einer Pressekonferenz bekannt, dass alle Abschlussprüfungen für die 740.000 Schüler, die im Juli ihr Abitur (Baccalauréat) ablegen sollten, abgesagt werden. Die Endnoten sollen gemäß der Resultate, die im laufenden Schuljahr erzielt wurden, festgelegt werden.
- 03.- 04.04. Die 150 Bürger, die per Los ausgewählt wurden, eine Bürgerkonvention für das Klima zu erarbeiten, halten ein außerordentliches Treffen per Videokonferenz ab, um im Rahmen ihres Mandats über die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie zu beraten. Als Beitrag zur Krisenbewältigung stellen sie 50 ihrer Vorschläge vorzeitig den politischen Entscheidungsträgern zur Verfügung (die allerdings an die Presse durchsickern): U.a. sollen bis 2040 alle Gebäude energetisch saniert, kürzere Wege von der landwirtschaftlichen Produktion zum Verbraucher organisiert und der Flächenverbrauch reduziert werden.
- 04.04. Bei einer Messerattacke in der südfranzösischen Stadt Romans-sur-Isère kommen zwei Passanten ums Leben, fünf weitere werden verletzt. Der Attentäter, ein 33jähriger Flüchtling aus dem Sudan, behauptet nach seiner Verhaftung, sich nicht an seine Tat erinnern zu

- können. Ein islamistischer Hintergrund des Täters wird vermutet, dass er mit einer terroristischen Vereinigung in Verbindung steht, gilt aber als unwahrscheinlich.
- 05.04. Staatliche Stellen beschlagnahmten zwei Millionen Schutzmasken, die die Region Bourgogne-Franche-Comté für ihren Bedarf beschafft hat. Premierminister Edouard Philippe begründet dies mit der Notwendigkeit, Pflegepersonal in den stark von der Corona-Pandemie betroffenen Gebieten vor einer Ansteckung zu schützen. In den folgenden Tagen werden weitere Maskenlieferungen für Gebietskörperschaften requiriert.
- 06.04. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble und der Präsident der Assemblée nationale, Richard Ferrand, fordern in einem gemeinsamen Gastbeitrag in den Tageszeitungen *Le Figaro* und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung angesichts der Krisensituation mehr europäische Solidarität und Integration. Aus diesem Grund sollen die Instrumente europäischer Haushalt und MFR (mehrfähriger Finanzrahmen) mit allen Struktur-, Regional- und Sozialfonds, die Europäische Investitionsbank, und der ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) mit aller gebotenen Flexibilität mobilisiert und ausgeweitet werden und die nationalen wie europäischen Schuldenregeln vorübergehend außer Kraft gesetzt werden.
- Andreas Jung und Christophe Arend, Ko-Vorsitzende der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung, veröffentlichen gemeinsame Vorschläge für eine intensivere deutsch-französische und europäische Zusammenarbeit in der Corona-Krise.
- 08.04. Während der Ausgangsbeschränkungen erreicht die französische Wirtschaft nach Einschätzung der nationalen Zentralbank eine Produktivität von 32 %; während des ersten Trimesters 2020 sei das BIP um 6 % gesunken.
- Justizministerin Nicole Belloubet erklärt in der Assemblée Nationale, dass in der Zeit vom 1. März bis 7. April die Belegung der Gefängnisse v.a. durch vorzeitige Haftentlassungen um fast 8.000 Insassen reduziert werden konnte; die Belegungsquote ist so von 119 % auf 107 % gesunken.
- Die saarländische Wirtschaftsministerin Anke Rehlinger entschuldigt sich für antifranzösische Vorfälle in ihrem Bundesland. Berichten zufolge waren Franzosen wegen des Verdachts, das Corona-Virus zu verbreiten, im Saarland beschimpft und ihre Autos mit Eiern beworfen worden.
- 09.04. In einem Interview mit der Wirtschaftszeitung *Les Échos* erklärt Finanz- und Wirtschaftsminister Bruno Le Maire, dass die Soforthilfen für Unternehmen von 45 Mrd. € auf 100 Mrd. € erhöht werden. Die staatliche Neuverschuldung werde 2020 auf 7,6 % des BIP steigen, die Gesamtverschuldung von 98 % auf 112 % des BIP.
- Präsident Emmanuel Macron trifft in Marseille den Mediziner, Mikrobiologen und Infektiologen Didier Raoult, der sich medienwirksam für den Einsatz des Medikaments Hydroxychloroquin bei der Behandlung von Covid-19-Patienten einsetzt.
- 13.04. Präsident Emmanuel Macron wendet sich einer zweiten Fernsehansprache an die Franzosen und verkündet eine Verlängerung der Ausgangsbeschränkungen bis zum 11. Mai.
- 15.04. Die Tour de France, die ursprünglich vom 27. Juni bis 19. Juli stattfinden sollte, wird wegen der Corona-Pandemie auf den Zeitraum zwischen 29. August und 20. September verschoben.
- Der Brand von Notre-Dame in Paris jährt sich zum ersten Mal. In einer gemeinsamen Stellungnahme bekräftigen Kulturstaatsministerin Monika Grütters, der deutsch-französische Kulturbevollmächtigte und Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens Armin Laschet und die Präsidentin der Deutschen Unesco-Kommission, Maria Böhmer, die Bereitschaft Deutschlands, Frankreich beim Wiederaufbau der Kathedrale zu unterstützen.
- 16.04. Der im Rahmen des Aachener Vertrags beschlossene deutsch-französische Bürgerfonds zur Förderung von deutsch-französischen Projekten, die die europäische Zivilgesellschaft stärken und Bürger beider Länder durch Begegnungen über Generationen und Grenzen hinweg einander näherbringen sollen, wird für Anträge geöffnet.
- 24.04. Die französisch-niederländische Fluggesellschaft Air France-KLM erhält Kredite von 7 Mrd. €, die der französische Staat zu einem Teil direkt an Air France vergibt und für die er zu einem anderen Teil garantiert. Die niederländische Regierung unterstützt ihrerseits KLM mit Staatshilfen von 2 - 4 Mrd. €.



- 
- 27.04. Atemschutzmasken dürfen wieder in Apotheken und von Tabakhändlern verkauft werden, ab dem 4. Mai ist ihr Verkauf auch in Einkaufszentren wieder zulässig.
- 28.04. Die Assemblée Nationale nimmt mit 368 Ja-Stimmen (100 Nein-Stimmen, 103 Enthaltungen) den Plan der Regierung zu einer ersten Lockerung der Ausgangsbeschränkungen ab dem 11. Mai an: im ÖPNV besteht Maskenpflicht, ohne besonderen Grund darf man sich nicht weiter als 100 km von seinem Wohnort entfernen, Kindergärten und Grundschulen werden ab dem 11. Mai unter Einschränkungen wieder geöffnet, die Mittelschulen für die Klassenstufen 6 - 9 ab dem 18. Mai, die Lycées, an denen die Klassenstufen 10 - 12 unterrichtet werden, frühestens Anfang Juni.
- Premierminister Edouard Philippe erklärt die nationale Saison 2019/2020 aller Profisportarten für beendet.
- Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer und ihre französische Amtskollegin Florence Parly unterzeichnen zwei Abkommen zur Entwicklung eines neuen, innovativen Landkampfsystems Main Ground Combat System (MGCS), das ab Mitte der 2030er-Jahre die deutschen Kampfpanzer Leopard 2 und die französischen Leclerc-Kampfpanzer ablösen soll.

## Mai 2020

- 04.05. Der Senat lehnt den Plan der Regierung für eine erste Lockerung der Ausgangsbeschränkungen in der von der Assemblée Nationale verabschiedeten Form mit 89 Nein-Stimmen, 81 Ja-Stimmen und 174 Enthaltungen ab und fordert eine Einteilung des Landes in Zonen, um den lokalen Entwicklungen des Infektionsgeschehens besser gerecht zu werden.
- 05.05. Nach heftigen Protesten von Pressevertretern, denen sich auch die Direktoren der öffentlich-rechtlichen Programme angeschlossen haben, schaltet der Informationsdienst der Regierung sein Angebot "Désintox Corona", über das auf aus Regierungssicht inhaltlich korrekte Artikel zur Pandemie verwiesen wurde, wieder ab.
- 06.05. Präsident Emmanuel Macron legt einen Plan zur Unterstützung von Kulturschaffenden und der Wiederaufnahme des kulturellen Lebens vor: 110.000 Kulturschaffende ohne feste Anstellung und Einkommen sollen bis Ende August unterstützt werden, der Kulturbetrieb wird stufenweise wiederaufgenommen. Er reagiert damit auf zahlreiche Vorwürfe von Vertretern der Kulturszene, die der Regierung in diesem Bereich Untätigkeit vorgeworfen hatten.
- 07.05. Premierminister Edouard Philippe stellt die vom Senat geforderte Einteilung der Départements in Zonen vor, die ab dem 11. Mai gelten soll: Gemäß den aktuellen Infektionszahlen werden die Départements grünen, orangen oder roten Zonen zugeteilt, für die grünen Zonen werden Einschränkungen schneller und weitreichender gelockert als für die orangen und roten. Kriterien für die Einteilung sind die Zahl der neuen Infektionsfälle pro Woche, die Anzahl an verfügbaren Intensivbetten und die Möglichkeiten zu testen und Infektionsketten zurückzuverfolgen. Reisen zwischen roten und grünen Zonen sollen vermieden werden.
- 11.05. Der Gesundheits-Ausnahmestatus wird bis zum 10. Juli verlängert, die Post wird wieder an sechs Tagen in der Woche ausgetragen.
- 12.05. Der Bundesverband der Deutschen Industrie, der französische Arbeitgeberverband und der italienische Verband Confindustria fordern in einer gemeinsamen Erklärung umfassende finanzielle Hilfen von der EU, um die Unternehmen bei der Bewältigung der Folgen der Corona-Krise zu unterstützen.
- 13.05. Die Assemblée Nationale verabschiedet ein Gesetz, das die Verbreitung von Hassbotschaften im Internet verhindern soll: Online-Plattformen werden verpflichtet, Hassbotschaften mit strafbarem Inhalt binnen 24 Stunden zu löschen. Nutzer, die ihnen nicht genehme Inhalte als Hassbotschaften melden, um sie auf diese Weise sperren zu lassen, drohen Geldstrafen bis zu 15.000 €.
- Deutschland einigt sich mit seinen Nachbarländern Frankreich, Österreich und der Schweiz auf ein abgestuftes Verfahren zur Öffnung der Grenzen: Alle Grenzübergänge werden ab dem 16. Mai wieder geöffnet, ab dem 15. Juni wird nicht mehr systematisch kontrolliert.
- 14.05. Premierminister Edouard Philippe gibt bekannt, dass der Tourismussektor des Landes vom Staat mit 18 Mrd. € unterstützt werden soll.

- Der französische Pharmahersteller Sanofi kündigt an, einen von ihm entwickelten Impfstoff zuerst der US-amerikanischen Bevölkerung zur Verfügung zu stellen und begründet dies mit einem bestehenden Abkommen mit der amerikanischen Behörde Biomedical Advanced Research and Development Authority. Präsident Emmanuel Macron weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass ein Impfstoff zum Schutz vor dem Corona-Virus ein öffentliches Gut sein solle.
- 17.05. Präsident Emmanuel Macron hält im nordfranzösischen Département Aisne eine Rede anlässlich des 80. Jahrestags der Schlacht von Montcornet, die keine Folgen für den Kriegsverlauf hatte, bei der sich Charles de Gaulle aber militärisch auszeichnen konnte. Dabei appelliert er an den französischen Widerstandsgeist und warnt vor Fatalismus in schwierigen Zeiten.
- 18.05. Bundeskanzlerin Angela Merkel und Präsident Emmanuel Macron stellen bei einer gemeinsamen virtuellen Pressekonferenz einen deutsch-französischen Plan vor, wonach die Europäische Union zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie 500 Mrd. € Schulden aufnehmen soll. Diese Gelder sollen als direkte Zuschüsse an die Mitgliedsstaaten verteilt werden.
- Der Staatsrat urteilt, dass das vollständige Verbot von religiösen Zusammenkünften in Kultstätten wie Kirchen, Moscheen oder Synagogen in Anbetracht der sonstigen Lockerungen der Einschränkungen nicht verhältnismäßig ist und fordert die Regierung auf, Vorgaben für Gottesdienste auszuarbeiten, die den bestehenden gesundheitlichen Risiken angemessen sind.
- 19.05. 17 Abgeordnete der Assemblée Nationale, darunter mehrere Mitglieder der Partei La République en Marche (LREM) von Präsident Emmanuel Macron gründen die parlamentarische Gruppe "Écologie Démocratie Solidarité". Die LREM-Fraktion besteht damit nur noch aus 288 Mitgliedern und verliert die absolute Mehrheit im Parlament.
- 25.05. "Agir Ensemble" konstituiert sich als zehnte Fraktion der Assemblée Nationale, dem Parlament gehören damit mehr Fraktionen an als je zuvor in der Geschichte der V. Republik. Der 17-köpfigen Gruppe gehören auch sieben Abgeordnete von La République en Marche (LREM) an.
- 26.05. Bei einem Besuch in einem Werk des Autozulieferers Valeo erklärt Präsident Emmanuel Macron, dass der Staat die heimische Autoindustrie mit 8 Mrd. € unterstützen werde: U.a. sollen Privatpersonen zum Kauf von Elektro- und Hybridautos mit bis zu 7.000 € staatlicher Beihilfen motiviert werden, Fahrzeughalter, die ihren Benzin- oder Dieselwagen für ein umweltfreundlicheres Modell aufgeben, können dafür bis zu 3.000 € vom Staat erhalten.
- Der Automobilhersteller Renault erhält einen staatlich garantierten Kredit in Höhe von 5 Mrd. €. Dieser ist allerdings an die Bedingung geknüpft, 2 Mrd. € in drei Jahren einzusparen und sich an der deutsch-französischen Batterieallianz zu beteiligen.
- Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble und Richard Ferrand, Präsident der Assemblée nationale, fordern in einer gemeinsamen Erklärung eine schnellstmögliche Öffnung der deutsch-französischen Grenze und unterstützen die Vorschläge von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Präsident Emmanuel Macron für ein Aufbauprogramm für Europa.
- 27.05. Nachdem sich der Hohe Rat für öffentliche Gesundheit gegen eine Behandlung von Covid-19 mit dem Medikament Hydroxychloroquin ausgesprochen hat, wird das Dekret, das die Verwendung des Mittels für die Behandlung von Erkrankten gestattet hat, außer Kraft gesetzt.
- Die algerische Regierung bezeichnet die Dokumentation "Algérie mon amour" als Angriff auf das algerische Volk und seine Institutionen und beruft wegen ihrer Ausstrahlung im öffentlich-rechtlichen französischen Fernsehen ihren Botschafter aus Paris ab.
- 28.05. Premierminister Edouard Philippe kündigt weitere Lockerungen der bestehenden Einschränkungen an. Diese sollen ab dem 2. Juni gelten:
- Restaurants, Bars und Cafés dürfen wieder öffnen, wobei hier nur Gruppen bis max. 10 Personen zusammensitzen dürfen.
  - Parks und Strände sind wieder frei zugänglich; es ist wieder erlaubt, sich im Land (außer den Überseeterritorien) frei zu bewegen.



- Die Schulen werden mit Einschränkungen bis zu den Sommerferien für alle Schüler geöffnet.
  - Museen, Denkmäler und Theater können unter strengen Auflagen wieder öffnen, Kinos ab dem 22. Juni.
  - Verboten bleiben öffentliche Sportveranstaltungen, Festivals und große Menschenansammlungen.
  - Die Assemblée Nationale spricht sich mit 338 Ja-Stimmen, 215 Nein-Stimmen und 21 Enthaltungen für den Einsatz der Corona-Warn-App "Stop Covid" aus.
- 29.05. Die Leitung des Autoherstellers Renault kündigt die Streichung von 15.000 Stellen, davon 4.600 in Frankreich, in den nächsten drei Jahren an. Auf diese Weise sollen die jährlichen Fixkosten des Konzerns um 20 % reduziert werden.
- Der Unternehmer Patrick Drahi überführt die Tageszeitung Libération, die er 2014 vor der Pleite bewahrt hat, in eine Stiftung und übernimmt zugleich ihre Schulden in Höhe von 50 Mill. €. Aus fiskalischen Gründen spart er so mehr Geld, als ihm der Verkauf der Zeitung eingebracht hätte.

## Juni 2020

- 02.06. Inspiriert von den Protesten in den Vereinigten Staaten demonstrieren in Paris 20.000 Menschen gegen unangemessene Gewalt durch Polizeibeamte. Zu der Demonstration aufgerufen hatte Assa Traoré, eine Französin mit malischen Wurzeln, die für Wahrheit und Gerechtigkeit für ihren Bruder Adama kämpft. Adama Traoré starb unter ungeklärten Umständen 2016 in Polizeigewahrsam.
- 04.06. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier und sein französischer Amtskollege Bruno Le Maire stellen bei einer virtuellen Konferenz die elf deutschen und elf französischen Unternehmen vor, die gemeinsam GAIA-X, eine Plattform für eine leistungs- und wettbewerbsfähige, sichere und vertrauenswürdige Dateninfrastruktur für Europa, aufbauen und betreiben werden.
- 05.06. Amélie de Montchalin, Staatssekretärin für europäische Angelegenheiten, bedankt sich in der Saarbrücker Staatskanzlei im Namen der französischen Regierung für die deutsche Solidarität in der Corona-Krise, die sich besonders durch die Aufnahme französischer Patienten in deutschen Krankenhäusern gezeigt habe.
- 09.06. Wirtschaftsminister Bruno Le Maire stellt einen Plan zur Unterstützung der französischen Luftfahrtindustrie mit einem Finanzrahmen von 15 Mrd. € vor, der dazu beitragen soll, die Branche mittelfristig zum Weltmarktführer im Bereich umweltverträglicher Luftfahrt zu machen.
- 12.06. In Dijon kommt es im Stadtzentrum und im Außenbezirk Les Grésilles zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen ortsansässigen Jugendlichen und tschetschenischstämmigen Banden, die teilweise extra dafür aus dem Ausland angereist sind. Die Behörden bringen die Situation erst nach vier Tagen durch den Einsatz von Spezialeinheiten des Innenministeriums unter Kontrolle. Die Polizei vermutet als Ursache für die Konflikte Rivalitäten zwischen Drogenbanden.
- 14.06. In einer Fernsehansprache erklärt Präsident Emmanuel Macron die akute Gefährdung durch das Corona-Virus in seinem Land für beendet und sieht sich am Anfang einer neuen Phase seiner Präsidentschaft, deren erste Priorität es sei, die Wirtschaft des Landes wieder anzukurbeln und ökologisch, solidarisch und souverän auszurichten.
- 15.06. Sechs ehemalige Mitarbeiter des früheren Premierministers Edouard Balladur werden zu zwei- bis fünfjährigen Haftstrafen verurteilt. Ihnen wird zur Last gelegt, 1994 bewusst Kommissionen und Rückvergütungen, die im Rahmen von Rüstungsverträgen mit Saudi-Arabien und Pakistan geflossen sind, für den Präsidentschaftswahlkampf von Balladur eingesetzt und damit veruntreut zu haben.
- Brigitte Klinkert, Präsidentin des Départementrats Haut-Rhin, besucht anlässlich der Grenzöffnung zwischen Deutschland und Frankreich die Freiburger Uniklinik, um sich für die Aufnahme elsässischer Corona-Patienten in Baden-Württemberg zu bedanken und um über Möglichkeiten einer besseren Zusammenarbeit in Gesundheitsfragen zu sprechen.

- 
- 16.06. Beim Besuch eines seiner Impfstoffwerke sagt Präsident Emmanuel Macron dem französischen Pharmakonzern Sanofi 200 Mio. € Subventionen zu, von denen 80 Mio. € für die Entwicklung von Impfstoffen gegen Covid-19 verwendet werden sollen. Im Gegenzug verspricht Sanofi, dieses und eigenes Geld an zwei Standorten in der Nähe von Lyon zu investieren.
- 18.06. Der Verfassungsrat (Conseil constitutionnel) urteilt, dass wesentliche Teile des am 13. Mai von der Assemblée Nationale verabschiedeten Gesetzes gegen die Verbreitung von Hassbotschaften im Internet verfassungswidrig sind, da ihre Anwendung eine Einschränkung der Meinungsfreiheit zur Folge hätte.  
Präsident Emmanuel Macron gedenkt in Paris und London des Appells, den Charles de Gaulle vor 80 Jahren an alle Franzosen im britischen Radiosender BBC verlesen hatte. Darin hatte der spätere französische Präsident alle seine Landsleute aufgefordert, trotz der offiziellen französischen Kapitulation den Kampf gegen die deutschen Besatzer fortzusetzen und sich ihm im Londoner Exil anzuschließen.
- 21.06. Die 150 Bürger, die per Los als Teilnehmer eines Bürgerkonvents für das Klima ausgewählt wurden, übergeben 149 Empfehlungen für einen besseren Klimaschutz an die Regierung: U.a. sollen Einwegplastik verboten, Eigentümer zur energetischen Sanierung ihrer Immobilien verpflichtet und der Verkauf von Autos mit hohem Schadstoffausstoß verboten werden. Alle Vorschläge sollen dazu beitragen, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit miteinander zu vereinbaren.
- 22.06. Der französische Wirtschafts- und Finanzminister Bruno Le Maire und seine deutschen Amtskollegen Peter Altmaier und Olaf Scholz beraten in Berlin über ein globales Abkommen für eine Digitalsteuer, das während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft vorangetrieben werden soll.  
Der tunesische Staatspräsident Kais Saied beklagt bei einem Staatsbesuch in Paris die Einflussnahme fremder Staaten im tunesischen Nachbarland Libyen und erklärt, dass sein Land eine Teilung Libyens nicht akzeptieren würde.
- 23.06. Die Untersuchungen gegen Alexis Kohler, den Generalsekretär des Elysée-Palasts, wegen illegaler Interessennahme, passiver Bestechung und unvollständiger Angaben gegenüber der Hohen Autorität für Transparenz im öffentlichen Leben werden nach einer Klage der Antikorruptionsagentur Anticor wieder aufgenommen.  
Am gleichen Tag wird bekannt, dass sich Präsident Emmanuel Macron 2019 in einem informellen Brief zugunsten Kohlers an die Justizbehörden gewandt hatte, das Verfahren gegen Kohler war wenige Wochen später eingestellt worden.
- 24.06. Bei einem Treffen mit den Sozialpartnern stellt Präsident Emmanuel Macron Regelungen für ein längerfristiges Kurzarbeitergeld vor, das ab dem 1. Juli in Branchen, deren wirtschaftliche Erholung mittelfristig wahrscheinlich erscheint, gewährt wird, um die betroffenen Firmen vor einem Kompetenzverlust zu bewahren.
- 28.06. Im zweiten Wahlgang der Kommunalwahlen, der wegen der Corona-Pandemie um drei Monate verschoben worden war, können Wahllisten, die von Europe Écologie/les Verts (EELV) angeführt wurden, in mehreren Großstädten die absolute Mehrheit erzielen. Die Regierungspartei La République en Marche (LREM) verfehlt ihr Ziel, sich über die Kommunalwahlen eine Basis lokaler Vertreter zu schaffen, deutlich.
- 29.06. Präsident Emmanuel Macron empfängt die 150 Bürgerinnen und Bürger, die 149 Empfehlungen für einen besseren Klimaschutz im Rahmen des Bürgerkonvents für das Klima ausgearbeitet haben, im Elysée-Palast. Dabei verspricht er ihnen, nahezu alle ihre Vorschläge umsetzen zu wollen, einzig die Neuformulierung der Eingangsformel der Verfassung, die Geschwindigkeitsbegrenzung auf 110 km/h auf den Autobahnen und die Einführung einer Steuer in Höhe von 4 % auf Dividenden von Firmen, die mehr als 10 Mio. € pro Jahr ausschütten, könne er nicht akzeptieren.  
Der frühere Premierminister und Präsidentschaftskandidat François Fillon wird wegen Veruntreuung öffentlicher Gelder zu fünf Jahren Haft, davon drei auf Bewährung, und einer Geldstrafe von 375.000 € verurteilt, seine Frau Penelope zu drei Jahren Haft auf Bewährung und ebenfalls einer Geldstrafe von 375.000 €. Beiden wird vorgeworfen, die Beschäftigung von Penelope Fillon als Assistentin von François Fillon nur vorgetäuscht zu haben.
-

Das Ehepaar Fillon und Marc Joulaud, der 2008 für François Fillon ins Parlament nachgerückt war, müssen der Assemblée Nationale, die im Prozess als Nebenkläger aufgetreten war, außerdem 1,1 Mio. Euro Schadenersatz zahlen.

Die Anwälte des Ehepaars Fillon kündigen an, gegen das Urteil Berufung einlegen zu wollen.

Der Reaktor des Kernkraftwerk Fessenheim wird abgeschaltet, damit geht das AKW nach einer 43jährigen Betriebsdauer endgültig vom Netz.

- 30.06. Guillaume Faury, Vorstandsvorsitzender des Luft-, Raumfahrt- und Rüstungskonzerns Airbus SE, kündigt an, dass das Unternehmen bis zum Sommer 2021 15.000 Stellen, davon 5.000 in Frankreich und 5.100 in Deutschland, abbauen wird.

## Juli 2020

- 01.07. Das Verteidigungsministerium teilt mit, dass sich Frankreich vorübergehend aus der Nato-Marineoperation Sea-Guardian zurückziehen werde. Das Land protestiert damit gegen das Verhalten des Natopartners Türkei, dessen Kriegsschiffe die französische Fregatte Courbet am 10. Juni durch massive Drohungen daran gehindert hatten, einen Frachter zu kontrollieren, der im Verdacht stand, Waffen in das Bürgerkriegsland Libyen zu transportieren.
- Vertreter des Landes Baden-Württemberg, des Bundesverkehrsministeriums, der Region Grand Est und des Départements Haut-Rhin unterzeichnen eine Finanzierungsvereinbarung für die Planung einer Eisenbahnverbindung zwischen Colmar und Freiburg. Die Planungsarbeiten werden auf deutscher Seite die Deutsche Bahn, auf französischer die staatliche Eisenbahngesellschaft SNCF übernehmen.
- 03.07. Premierminister Edouard Philippe und seine Regierung treten geschlossen zurück. Präsident Emmanuel Macron beruft Jean Castex, der seit dem 2. April im Auftrag der Regierung die allmähliche Aufhebung der Notstandsmaßnahmen koordiniert hat, als Premierminister und beauftragt ihn mit der Bildung einer neuen Regierung.
- Der Autohersteller Daimler teilt mit, sein Werk im lothringischen Hambach verkaufen zu wollen, da die nächste Generation des Smart ausschließlich als elektrisch angetriebener Kleinwagen produziert werden soll. Wirtschafts- und Finanzminister Bruno Le Maire fordert das Unternehmen daraufhin dazu auf, sich alle Optionen für die Zukunft des Werks offen zu halten, auch die, es weiterzuführen.
- 05.07. In der südwestfranzösischen Stadt Bayonne wird der Busfahrer Philippe Monguillot von einer Gruppe junger Männer so brutal verprügelt, dass er in das Koma fällt und wenige Tage später stirbt. Zuvor hatte Monguillot mehrere Fahrgäste aufgefordert, die im Bus vorgeschriebenen Schutzmasken zu tragen.
- Bruno Patino wird zum Vorstandssprecher von ARTE France berufen.
- 06.07. Premierminister Jean Castex stellt die neue Regierung vor:
- Europa- und Außenminister Jean-Yves Le Drian, Verteidigungsministerin Florence Parly und Finanz- und Wirtschaftsminister Bruno Le Maire behalten ihre Ämter. Le Maire erhält als weiteren Ministerialtitel den eines Ministers für Wiederaufbau hinzu.
  - Das Umweltministerium übernimmt Barbara Pompili, die von 2012 - 2017 für Europe Écologie/les Verts (EELV) der Assemblée Nationale angehörte.
  - Amélie de Montchalin, bisher Staatssekretärin für europäische Angelegenheiten, wird Ministerin für die Reform des Staatsdienstes.
  - Gérald Darmanin, bis 2017 Mitglied von Les Républicains (LR), wird Innenminister. Da Darmanin einer Vergewaltigung beschuldigt wird, protestieren v.a. Feministinnen gegen seine Ernennung.
  - Strafverteidiger Eric Dupond-Moretti, der des Öfteren mit provokanten Äußerungen in den Medien aufgefallen ist und bisher noch kein politisches Amt innehatte, wird Justizminister. In Justizkreisen löst seine Nominierung Unmut aus.
  - Roselyne Bachelot, die schon während der Präsidentschaft von Nicolas Sarkozy Ministerin war, wird Kulturministerin.
  - Brigitte Klinkert, Präsidentin des Département Haut-Rhin und bis 2019 Mitglied von Les Républicains (LR), wird Ministerin für die Eingliederung ins Berufsleben

- Clément Beaune, Mitglied der Regierungspartei La République en Marche (LREM), wird Staatssekretär für europäische Angelegenheiten.
- 07.07. Das im deutsch-französischen Vertrag von Aachen beschlossene Deutsch-Französische Zukunftswerk nimmt seine Arbeit auf. Zunächst soll es sich mit dem Aufbau neuer resilienter wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strukturen in Pandemiezeiten beschäftigen sowie Antworten auf den ökologischen Wandel suchen. Durch das Zukunftswerk soll in beiden Ländern ein neuer Austausch zwischen Politik, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft angestoßen werden.
- 08.07. Der Kassationshof erkennt an, dass Strafgefangene, deren Unterbringung unter menschenunwürdigen Bedingungen richterlich festgestellt wird, freigelassen werden können.
- 09.07. Präsident Emmanuel Macron erklärt nach einer Sitzung der Kommission zum Wiederaufbau der Kathedrale Notre-Dame, dass auch er nun die Pläne, den im 19. Jh. geschaffenen Zustand der Kathedrale wiederherzustellen, unterstützt.
- 10.07. Winfried Kretschmann, Ministerpräsident von Baden-Württemberg, und Jean Rottner, Präsident des Regionalrats von Grand Est, sprechen sich bei einem Treffen in Freiburg für ein deutsch-französisches Beistandsabkommen im Katastrophenfall aus.
- 13.07. Premierminister Jean Castex unterzeichnet mit drei Gewerkschaftsvertretern einen Plan, der Lohnerhöhungen für das Pflegepersonal an staatlichen Krankenhäusern und in öffentlichen Altenheimen sowie die Schaffung von 15.000 Planstellen im Krankenhaussektor vorsieht.  
Jean-Michel Blanquer, Minister für Bildung, Jugend und Sport, und Armin Laschet, Bevollmächtigter der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrags über die deutsch-französische Zusammenarbeit, vereinbaren bei einem Treffen in Paris, die deutsch-französische Kooperation im Bildungsbereich weiter zu vertiefen.
- 14.07. Die traditionelle Militärparade anlässlich des französischen Nationalfeiertags findet nur für geladene Zuschauer auf der Place de la Concorde statt und nicht, wie sonst üblich, auf den Champs-Élysées. Von deutscher Seite nehmen Bundesgesundheitsminister Jens Spahn und der Bevollmächtigte der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrags über die deutsch-französische Zusammenarbeit, Armin Laschet, teil. Mit ihrer Einladung soll die Aufnahme französischer Patienten in deutschen Krankenhäusern auf dem Höhepunkt der Corona-Pandemie gewürdigt werden.  
Außerdem wird bei der Feier des früheren französischen Präsidenten Charles de Gaulle gedacht, der 1890 geboren und 1970 verstorben ist.  
Das Kabinett des Landes Baden-Württemberg beschließt bei einer Kabinettsitzung eine sogenannte Frankreich-Konzeption, die mehrere ressortübergreifende Einzelmaßnahmen vorsieht: Mit insgesamt 15 Mio. € sollen u.a. die Unternehmenskooperation in Innovationstechnologien, die Reaktivierung der Bahnstrecke Colmar-Freiburg und die grenzüberschreitende berufliche Bildung unterstützt werden.
- 16.07. Das Gesetz zur Eindämmung der häuslichen Gewalt, dessen Inhalte Justiz- und Polizeibehörden, soziale Institutionen, nichtstaatliche Vereinigungen und Experten im Herbst 2019 gemeinsam vorbereitet hatten, wird von der Assemblée Nationale verabschiedet. Der Femizid als Tatbestand wird nicht gesondert erwähnt, da Rechtsexperten dazu geraten haben, den allgemeineren Begriff "Totschlag" beizubehalten.  
Laurent Joffrin, langjähriger Chefredakteur der Tageszeitung Libération, kündigt an, sein Amt aufzugeben, um sich im Rahmen einer von ihm begründeten sozialdemokratischen Bewegung darum zu bemühen, die französische Linke für die Präsidentschaftswahlen 2022 zu einen.
- 17.07. Nach einem Treffen mit den Sozialpartnern erklärt Premierminister Jean Castex, dass die Reformen der Arbeitslosenversicherung und der Renten später umgesetzt werden als ursprünglich geplant: Die der Arbeitslosenversicherung soll mit einigen Änderungen zum 1. Januar 2021 in Kraft treten, die der Renten soll bis Ende 2021 neu ausgehandelt werden.
- 20.07. Um eine weitere Ausbreitung des Corona-Virus zu verhindern, verschärft Frankreich die Maskenpflicht: Im ganzen Land muss nun in öffentlichen geschlossenen Räumen eine Schutzmaske getragen werden.

- 21.07. Nach viertägigen Verhandlungen einigen sich die Vertreter der 27 Mitgliedsländer auf die künftige Finanzierung der Europäischen Union, den mehrjährigen Finanzrahmen für die Jahre 2021-2027 (insgesamt 1.074 Mrd. €). Erstmals setzt die Union zudem ein schuldenfinanziertes Konjunkturpaket in Höhe von 750 Mrd. € auf. Diese Mittel sollen dazu dienen, die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie abzumildern.
- Nach sechswöchigen Beratungen präsentiert Gesundheitsminister Olivier Véran 33 Vorschläge für einen tiefgreifenden Wandel im Gesundheitswesen und verspricht, dass die öffentliche Hand einmalig 19 Mrd. € zur Verbesserung der Strukturen und jährlich 8,2 € mehr für angemessene Gehälter des medizinischen Personals aufwenden werde.
- 23.07. Premierminister Jean Castex erklärt, dass 2020 und 2021 zusätzliche Finanzmittel in Höhe von 6,5 Mrd. € bereitgestellt werden sollen, um Arbeitgeber dabei zu unterstützen, junge Menschen unter 25 Jahren in den Arbeitsmarkt zu integrieren.
- 27.07. Um den Güterverkehr auf der Schiene wiederzubeleben, sollen, so Premierminister Jean Castex, die Transportgebühren für Unternehmen gesenkt und Schnellstrecken für Güterzüge eingerichtet werden.
- Umweltministerin Barbara Pompili kündigt an, dass ab Herbst 2021 Heizstrahler im Freiluftbereich von Gaststätten verboten werden sollen.

## August 2020

- 01.08. Nach fünftägiger Debatte wird das Bioethikgesetz von der Assemblée Nationale mit 60 Ja-, 37 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen angenommen. Die künstliche Befruchtung ist damit auch für lesbische Paare und alleinstehende Frauen möglich.
- 06.08. Zwei Tage nach der verheerenden Explosion im Hafen von Beirut besucht Präsident Emmanuel Macron die libanesische Hauptstadt. Er sagt Hilfe zu, fordert aber im Gegenzug von den Regierenden des Landes, das politische System des Libanon grundlegend zu reformieren.
- Landwirtschafts- und Ernährungsminister Julien Denormandie kündigt an, Neonicotinoide zur Schädlingsbekämpfung im Zuckerrübenanbau wieder zuzulassen. Umweltministerin Barbara Pompili hatte diese Mittel 2017 in ihrer damaligen Funktion als Staatssekretärin für Biodiversität verbieten lassen.
- 07.08. Ein Gesetz, das Restriktionen für ehemalige Strafgefangene vorsah, die wegen einer Beteiligung an terroristischen Aktivitäten Haftstrafen abgesessen hatten, wird vom Verfassungsrat als verfassungswidrig eingestuft und deshalb für ungültig erklärt. Die Assemblée Nationale hatte das Gesetz am 27. Juli verabschiedet.
- 09.08. Eine internationale Geberkonferenz, die Frankreich zusammen mit den Vereinten Nationen organisiert hat, beschließt, die notleidende Bevölkerung Beiruts in den kommenden Wochen und Monaten gemeinsam zu unterstützen.
- 18.08. Arbeitsministerin Elisabeth Borne kündigt an, dass ab dem 1. September bei der Arbeit in allen geschlossenen Räumen, in denen sich mehr als ein Beschäftigter aufhält, eine Maske getragen werden muss.
- 20.08. Präsident Emmanuel Macron empfängt Bundeskanzlerin Angela Merkel in der präsidialen Sommerresidenz Fort de Brégançon. Themen des Treffens sind u.a. die Sahel-Strategie nach dem Militärputsch im Mali, der Konflikt zwischen der Türkei und Griechenland wegen der strittigen Ausbeutung von Gasvorkommen im östlichen Mittelmeer und der Umgang mit den fortgesetzten Protesten in Belarus.
20. - 21.08. Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer, die zu dem Treffen eingeladen hatte, tauscht sich in Saarlouis mit ihren Amtskollegen aus Frankreich, Florence Parly, und Großbritannien, Ben Wallace, beim ersten formalen Treffen der Verteidigungsminister im E3-Format über mehr europäische Handlungsfähigkeit in der Verteidigungspolitik und Europas Rolle in der Welt aus.
- 27.08. Bei einem Treffen mit Vertretern des Kultursektors bestätigen Premierminister Jean Castex und Kulturministerin Roselyne Bachelot, dass alle Bereiche des kulturellen Lebens von den 2 Mrd. € profitieren sollen, die zu seiner Wiederbelebung vorgesehen sind.

Die Zeitschrift Valeurs actuelles veröffentlicht einen Artikel, in dem die farbige Abgeordnete Danièle Obono, Mitglied der Fraktion von La France insoumise, als Sklavin dargestellt wird. Der Beitrag wird von zahlreichen Vertretern des politischen und gesellschaftlichen Lebens, u.a. von Präsident Emmanuel Macron und Premierminister Jean Castex, als rassistisch eingestuft und scharf verurteilt.

Die Staatsanwaltschaft von Paris eröffnet am 31. August ein Untersuchungsverfahren wegen des Verdachts auf rassistische Beleidigungen.

- 29.08. Die 107. Tour de France startet in Nizza. Wegen steigender Corona-Infektionszahlen kann das traditionelle Begleitprogramm nur eingeschränkt stattfinden, Zuschauer an der Strecke sind auf den meisten Tourabschnitten zugelassen, müssen aber eine Maske tragen.
- 31.08. Bundesaußenminister Heiko Maas hält auf Einladung seines französischen Amtskollegen Jean-Yves Le Drian die Eröffnungsrede zum Thema europäische Souveränität bei der Konferenz der im europäischen Raum stationierten Botschafterinnen und Botschafter Frankreichs.
- 31.08. - 01.09. Anlässlich des 100. Geburtstags des Landes besucht Präsident Emmanuel Macron ein zweites Mal im August den Libanon und mahnt dabei erneut politische Reformen und eine wirkungsvolle Korruptionsbekämpfung an.

## September 2020

- 01.09. Hans-Dieter Lucas wird Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Paris und damit Nachfolger von Nikolaus Meyer-Landrut, der nach fünfjähriger Tätigkeit in Paris das Amt des Botschafters der Europäischen Union in der Türkei übernimmt.
- 02.09. Bei einem Kurzbesuch im Irak betont Präsident Emmanuel Macron die Wichtigkeit der Zusammenarbeit im gemeinsamen Kampf gegen den islamistischen Terrorismus und lädt den irakischen Premierminister nach Paris ein, um über eine zivile Nutzung der Atomenergie im Irak unter internationaler Aufsicht zu beraten.
- 03.09. Premierminister Jean Castex stellt unter dem Titel "France Relance" einen umfangreichen Konjunktur- und Investitionsplan vor, der Ausgaben in Höhe von insgesamt 100 Mrd. € vorsieht: Der Schwerpunkt liegt dabei auf Maßnahmen, die die Unternehmen wettbewerbsfähiger machen, Arbeitsplätze schaffen und den Wandel hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft fördern sollen.
- Der Vorsitzende der Partei Modem und kurzzeitige Justizminister François Bayrou wird von Präsident Emmanuel Macron zum Haut-commissaire au plan (dt.: Hohen Kommissar für Planung und Vorausschau) ernannt.
- 04.09. Bei seiner Rede im Panthéon anlässlich des 150. Jahrestages der Gründung der III. Republik bekräftigt Präsident Emmanuel Macron die Allgemeingültigkeit republikanischer Werte und spricht sich gegen jede Form von Separatismus aus.
- 07.09. Präsident Emmanuel Macron empfängt den deutsch-französischen Kulturbevollmächtigten und Ministerpräsidenten Nordrhein-Westfalens Armin Laschet im Elysée-Palast und tauscht sich mit ihm über die Mittelmeerpolitik, die europäische Bildungspolitik und die deutsch-französische (Aus-)Bildungspolitik aus. Beide betonen, dass es im Falle steigender Coronainfektionszahlen nicht wieder zu unabgesprochenen Grenzsicherungen zwischen beiden Ländern kommen dürfe, sondern die jeweils zuständigen Gesundheitsbehörden ortsnahe zusammenarbeiten sollten.
- 08.09. Gemäß einem Plan, den Finanz und Wirtschaftsminister Bruno Le Maire vorstellt, wird Frankreich bis 2030 7 Mrd. € investieren, um eine Industriesparte aufzubauen, die Wasserstoff nachhaltig produzieren und Einsatzmöglichkeiten im Mobilitätsbereich schaffen soll. Das Land soll sich so zu einem Weltmarktführer in diesem Bereich entwickeln.
- Vorgesehen sind auch 1,5 Mrd. € für Elektrolysezellenfabriken, die nach dem Modell eines "Airbus für Batterien" im Rahmen einer deutsch-französischen Kooperation in Frankreich entstehen sollen.
- 09.09. Der französische Luxusgüterkonzern LVMH, der im November 2019 verkündet hatte, den US-amerikanischen Juwelier Tiffany übernehmen zu wollen, zieht sich von diesem Vorhaben zurück. LVMH begründet dies mit der Bitte der französischen Regierung, die Übernahme

- wegen Drohungen der USA mit Zusatzzöllen auf französische Produkte bis zum 6. Januar 2021 aufzuschieben, und damit, dass Tiffany den Abschluss der Übernahme vom 24. November auf den 31. Dezember habe verschieben wollen.
- 10.09. Die Regierungschefs der sieben EU-Mitglieder mit Zugang zum Mittelmeer treffen sich auf Einladung von Präsident Emmanuel Macron auf Korsika und stimmen sich im Hinblick auf den EU-Gipfel Ende September über eine gemeinsame Haltung zum Umgang mit den Problemen im östlichen Mittelmeer ab.  
Christophe Castaner, von Oktober 2018 bis Juli 2020 Innenminister, wird mit 145 Stimmen zum Fraktionsvorsitzenden der Regierungspartei La République en Marche (LREM) gewählt, seine Gegenkandidatin Aurore Bergé erhält 120 Stimmen. Der bisherige Vorsitzende Gilles Le Gendre hatte sein Amt wegen mangelnder Unterstützung aus der Fraktion zur Verfügung gestellt.
- 15.09. Abgeordnete verschiedener Oppositionsfraktionen fordern in einer Parlamentsdebatte den Ausbau des 5G-Netzes so lange auszusetzen, bis endgültig geklärt ist, ob dieser höhere Mobilfunkstandard negative Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt hat. Präsident Emmanuel Macron hatte am Vortag in einer Rede vor Unternehmern im Digitalbereich 5G-Skeptikern vorgeworfen, zur Lebensform der Amischen und der Beleuchtung per Öllampe zurückkehren zu wollen.
- 17.09. Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer legt mit ihrer französischen Amtskollegin Florence Parly in Evreux den Grundstein für die neue Infrastruktur des deutsch-französischen Lufttransportverbands C 130.
- 21.09. Der stellvertretende Vorsitzende der Regierungspartei La République en Marche (LREM) Pierre Person tritt von seinem Amt zurück und begründet seinen Schritt damit, dass innerhalb der Partei zu wenig über Inhalte diskutiert werde und sie deshalb keine neuen Ideen entwickeln könne.
21. - 22.09. Die Deutsch-Französischen Parlamentarische Versammlung kommt zu einem virtuellen Treffen zusammen und verabschiedet dabei mehrere Beschlüsse: Sie fordert u.a. deutsch-französische Impulse für die Wirtschafts- und Währungsunion zu setzen, die deutsch-französische Zusammenarbeit in der Corona-Pandemiebekämpfung zu stärken und die Bahnstrecke Berlin - Paris auszubauen. Außerdem setzt sie Arbeitsgruppen zur Außen- und Verteidigungspolitik und zu Migration, Asyl und Integration ein.
- 22.09. Christian Estrosi, Bürgermeister von Nizza und Mitglied von Les Républicains (LR), wandelt die von ihm begründete Bewegung konservativer Lokalpolitiker La France audacieuse in eine Partei um und ruft zugleich zur Überwindung von Parteigrenzen und zu einem Dialog mit der Regierung auf.
- 25.09. Ein junger Mann, der angibt, 18 Jahre alt zu sein und aus Pakistan zu stammen, greift vor dem einstigen Sitz von Charlie Hebdo zwei Journalisten mit einem Messer an und verletzt sie schwer. Als Motiv für seine Tat gibt er an, dass er die erneute Veröffentlichung der umstrittenen Mohammed-Karikaturen in der Zeitschrift nicht ertragen habe.  
Der Vaterschaftsurlaub wird von zwei auf vier Wochen nach der Geburt eines Kindes verlängert, der Sozialversicherung entstehen dadurch Mehrkosten von ca. 500 Mio. € jährlich.
- 27.09. Bei den Senatswahlen werden 172 der insgesamt 348 Sitze im Senat neu vergeben. Das bürgerlich-konservative Lager kann seine Mehrheit in der Kammer behaupten, die Regierungspartei La République en Marche (LREM) ihre Fraktionsstärke halten. Die Parti Socialiste (PS) verliert Sitze, bleibt aber stärkste Oppositionspartei im Senat; Europe Ecologie - Les Verts (EELV) erringt genug Mandate, um wieder eine Fraktion im Senat bilden zu können; die Partei Rassemblement National (RN) kann ihren einzigen Sitz halten. Erstmals zieht ein korsischer Nationalist in den Senat ein.
- 28.09. Die Regierung legt ihren Haushaltsplan für 2021 vor: Von den im Rahmen des Konjunktur- und Investitionsplans "France Relance" vorgesehenen Mitteln sollen bis Ende 2021 42 Mrd. € ausgezahlt werden. Erhöht werden u.a. die Etats für Verteidigung (+ 1,7 Mrd. € = 4,5 %), Ökologie (+ 1,5 Mrd. € = 8,5 %), Schulbildung (+ 1,6 Mrd. € = 3 %), Justiz (+ 600 Mio. € = 7,9 %) und Arbeit (+ 400 Mio. € = 31%). Das Ziel, das jährliche Haushaltsdefizit unter 3 % des Bruttoinlandsprodukts zu senken, wird voraussichtlich erst 2025 wieder erreicht werden.



28. – 29.09. Im Rahmen eines Staatsbesuchs von Präsident Emmanuel Macron in Litauen und Lettland veröffentlichen die beiden baltischen Staaten und Frankreich eine gemeinsame Erklärung zum Schutz der Demokratien. In Vilnius trifft Macron die belarussische Oppositionspolitikerin Swetlana Tichanowskaja und bietet ihr an, in der politischen Krise in Belarus zu vermitteln.
- 29.09 Gesundheitsminister Olivier Véran und der für öffentliche Konten verantwortliche Minister Olivier Dussopt erklären gemeinsam, dass das Defizit der Sozialkassen 2020 bei 44,4 Mrd. € liegen und in den kommenden vier Jahren 20 Mrd. € jährlich nicht unterschreiten wird. Deswegen soll über Möglichkeiten beraten werden, das Verhältnis zwischen Beiträgen und Ausgaben besser auszugleichen.
- Umweltministerin Barbara Pompili stellt eine Reihe von Maßnahmen vor, die das Wohlbefinden von Wildtieren in Gefangenschaft verbessern sollen: In den kommenden Jahren soll es Wanderzirkussen untersagt werden, Wildtiere wie Elefanten oder Tiger mit sich zu führen, Delfinarien soll es verboten werden, Schwertwale und Delfine in Gefangenschaft zu züchten oder neue aufzunehmen. Amerikanische Nerze nur wegen ihres Fells aufzuzüchten soll ebenfalls verboten werden.

## Oktober 2020

- 02.10. In einer Grundsatzrede zum Kampf gegen den Separatismus kündigt Präsident Emmanuel Macron verschiedene Maßnahmen an:
- in Frankreich tätige Imame sollen nach vom Staat mitbestimmten Leitlinien in Frankreich ausgebildet werden
  - in staatlichen Schulen soll mehr Arabisch-Unterricht angeboten werden
  - Kinder dürfen ab dem Schuljahr 2021/22 nur noch in Ausnahmefällen zu Hause oder in nicht vom Staat anerkannten Institutionen unterrichtet werden
  - Vereine, deren Ziele unvereinbar mit der französischen Verfassung sind, sollen aufgelöst werden
  - es soll strenger überwacht werden, wie Moscheen und ihre Gemeinden finanziert werden
- 04.10. Bei einem zweiten Referendum über die Unabhängigkeit Neukaledoniens stimmen 53,3 % für den Verbleib bei Frankreich, 85 % der wahlberechtigten Einwohner der Inselgruppe haben dabei von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Vertreter der Separatisten kündigen daraufhin an, von der 1998 mit der französischen Regierung ausgehandelten Möglichkeit Gebrauch zu machen, 2022 eine dritte Volksabstimmung über die Zugehörigkeit Neukaledoniens zu Frankreich abhalten zu lassen.
- 05.10. Der Energieversorger Engie, an dem der französische Staat 23,6 % der Anteile hält, verkauft seine Beteiligung von 29,9 % am Wasser- und Recyclingdienstleister Suez an dessen Konkurrenten Veolia. Engie und Veolia widersetzen sich damit der Forderung der französischen Regierung, eine einvernehmliche Lösung zwischen Suez und Veolia zu finden. Das Management von Suez hatte sich gegen eine Beteiligung von und eine mögliche Fusion mit Veolia ausgesprochen.
- 06.10. Die Assemblée Nationale hebt ein seit 2018 geltendes Verbot für den Einsatz von Neonicotinoiden zur Schädlingsbekämpfung im Zuckerrübenanbau auf. Landwirtschaftsverbände hatten dies gefordert, weil ohne die Zuhilfenahme dieser Mittel ein großer Teil der Ernte von Blattläusen zerstört werde. Umweltverbände sehen in dieser Entscheidung einen großen ökologischen Rückschritt.
- Die Abgeordneten verabschieden außerdem ein Gesetz, das die Rückgabe von Kunstobjekten, die während der Kolonialzeit als Kriegsbeute aus dem Senegal und dem Benin nach Frankreich gelangt sind, regelt.
- 08.10. Die Assemblée Nationale nimmt einen Gesetzesvorschlag der Fraktion Écologie Démocratie Solidarité (EDS) an, der vorsieht, einen Schwangerschaftsabbruch bis zur 14. Woche zu erlauben, Hebammen einen chirurgischen Abbruch bis zur 10. Woche zu gestatten und die Klausel, die Ärzten erlaubt, eine Abtreibung aus Gewissensgründen abzulehnen, aufzuheben.

- 
- Sophie Pétronin wird von einer islamistischen Terroristengruppe, die sie fast vier Jahre als Geisel festgehalten hat, freigelassen. Pétronin war am 24. Dezember 2016 im Norden Mails, wo sie eine Nichtregierungsorganisation zur Unterstützung von Kindern leitete, entführt worden. Da sie während ihrer Geiselhaft zum Islam übergetreten ist, diese selbst als "spirituellen Rückzug" bezeichnet und ihre Entführer nicht als Dschihadisten bezeichnen möchte, wird sie in ihrer Heimat teilweise scharf kritisiert.
- 9.10. Ein Gericht stoppt vorerst den Verkauf der Suez-Anteil von Engie an Veolia. Die Unternehmen hätten darüber mit den Vertretern der Suez-Mitarbeiter beraten müssen, was nicht geschehen ist. Deren Stellungnahme hat keine bindende Wirkung, wird die von Veolia angestrebte Übernahme von Suez aber um mehrere Monate verzögern.
- 14.10. Um die Zahl der Neuinfektionen mit dem Corona-Virus zu senken, kündigt Präsident Emmanuel Macron im Fernsehen eine Ausgangssperre von 21 Uhr bis 6 Uhr für ca. 20 Millionen Großstadtbewohner an.
- 15.10. Nach einer vierjährigen Pause treffen die Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens im Rahmen des Gesprächs- und Konsultationsforums Weimarer Dreieck in Paris zusammen. In einer gemeinsamen Erklärung verurteilen sie das Vorgehen der belarussischen Behörden gegen die Bevölkerung des Landes und kündigen an, eine Mill. € zur Unterstützung der dortigen Zivilgesellschaft zur Verfügung zu stellen.
- 16.10. Der Geschichtslehrer Samuel Paty wird in Conflans-Sainte-Honorine, einem Vorort von Paris, auf offener Straße von einem 18jährigen Tschetschenen, der als Flüchtling nach Frankreich gekommen war, enthauptet. Paty hatte zuvor im Rahmen einer Unterrichtseinheit zum Thema Meinungsfreiheit Mohammed-Karikaturen gezeigt, die in der Satirezeitschrift Charlie Hebdo erschienen waren, weswegen er in den sozialen Medien diffamiert und dort vom Vater einer Schülerin der Schule namentlich genannt wurde.
- Gegen den früheren Präsidenten Nicolas Sarkozy wird aufgrund des Verdachts, für seinen Wahlkampf im Jahr 2007 die finanzielle Unterstützung des libyschen Diktators Gaddafi angenommen zu haben, ein Strafverfahren wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung eröffnet.
- 21.10. Bei einer Gedenkfeier zu Ehren von Samuel Paty im Ehrenhof der Universität Sorbonne würdigt Präsident Emmanuel Macron Paty als vorbildlichen Vermittler republikanischer Werte und zeichnet ihn posthum mit dem Orden der Ehrenlegion aus.
- Die französische Regierung ordnet die Auflösung des propalästinensischen Kollektivs Cheikh Yassine an, da es in Verbindung mit dem Attentat stehe. Weitere Vereinigungen, die im Verdacht stehen, den Islamismus und den Separatismus in der französischen Gesellschaft zu befördern, sollen folgen, am 28.10. wird der Verein BarakaCity per Dekret liquidiert.
- 25.10. 48 Persönlichkeiten, darunter die Philosophin Élisabeth Badinter und Mitarbeiter der Satirezeitschrift Charlie Hebdo, fordern in einem gemeinsamen Beitrag im Journal du Dimanche neue Institutionen, um eine "volle und umfassende Laizität" zu verteidigen und schließen sich damit der Kritik an, die seit dem 16. Oktober gegen das Observatoire de la laïcité (dt. Beobachtungsstelle zur Wahrung der Laizität) laut wurde. Diesem wird vorgeworfen, zu unentschlossen und verständnisvoll auf religiös motivierte Überschreitungen laizistischer Regelungen zu reagieren.
- 26.10. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan erklärt öffentlich, dass Präsident Emmanuel Macron wegen seiner nach Erdoğan's Ansicht islamfeindlichen Äußerungen nach dem Attentat in Conflans-Sainte-Honorine eine Behandlung seiner geistigen Gesundheit benötige. Außerdem fordert der türkische Präsident zum Boykott französischer Waren auf. Die französische Regierung beruft daraufhin ihren Botschafter in Ankara zu Beratungen nach Frankreich zurück.
- Premierminister Jean Castex und sein rumänischer Amtskollege Ludovic Orban unterzeichnen einen neuen Fahrplan zur Stärkung der seit 2008 bestehenden strategischen Partnerschaft zwischen ihren beiden Ländern im wirtschaftlichen Bereich sowie in den Bereichen Verteidigung, Infrastruktur und Energie, insbesondere der zivilen Kernenergie.
- 27.10. In verschiedenen Städten mehrheitlich muslimisch geprägter Länder kommt es zu Demonstrationen gegen den französischen Präsidenten Emmanuel Macron wegen der
-

- 
- Veröffentlichung der Mohammed-Karikaturen in der Satirezeitschrift Charlie Hebdo und der Reaktion der französischen Regierung darauf.
- 28.10. Präsident Emmanuel Macron kündigt in einer Fernsehansprache weitere Einschränkungen des Alltagslebens ab dem 30. Oktober an, um die Verbreitung des Corona-Virus einzuschränken. Im Gegensatz zum Lockdown im Frühjahr bleiben Schulen und Kindergärten geöffnet, Parks, Strände und Wälder zugänglich, Profisport ist weiterhin möglich. Die Menschen dürfen ihre Wohnungen, außer zum Arbeiten oder für unaufschiebbare Angelegenheiten wie Einkäufe oder Arztbesuche, nur für eine Stunde am Tag verlassen und sich dabei nur einen Kilometer von ihren Adressen entfernen.
- Die Autozulieferer Elring-Klinger aus Deutschland und Plastic Omnium aus Frankreich gründen das Unternehmen Ekpo Fuel Cell Technologies, um gemeinsam in die Wasserstofftechnologie zu investieren und Brennstoffzellen-Stacks in Großserien zu produzieren.
- Die türkische Staatsanwaltschaft kündigt an, ein Ermittlungsverfahren gegen die Verantwortlichen der Satirezeitschrift Charlie Hebdo zu eröffnen, da die am 27. Oktober auf dem Titelblatt der Zeitschrift veröffentlichte Karikatur eine Beleidigung für den Propheten Mohammed darstelle.
- 29.10. Ein 21jähriger Tunesier, der erst wenige Tage zuvor nach Frankreich eingereist ist, verletzt vor und in der Kathedrale Notre-Dame von Nizza neun Personen mit einem Messer, der Küster und zwei Besucherinnen der Kirche erliegen ihren Verletzungen. Der Attentäter wird von Polizisten mit gezielten Schüssen außer Gefecht gesetzt. Die Polizei vermutet, dass er bei der Vorbereitung der Tat von einer terroristischen Vereinigung unterstützt wurde.
- 31.10. In einem Interview mit dem arabischen Nachrichtensender Al Jazeera drückt Präsident Emmanuel Macron sein Verständnis dafür aus, dass die von der Satirezeitschrift Charlie Hebdo veröffentlichten Mohammed-Karikaturen Muslime schockieren könnten, besteht aber gleichzeitig darauf, dass dies keine Gewaltanwendung rechtfertigen dürfe. Frankreich mit seinem universalistischen Gesellschaftsmodell habe mit keiner Religion Probleme, so Macron weiter.

## November 2020

- 01.11. Nach Protesten zahlreicher Einzelhändler, deren Geschäfte als nicht essentiell für die Grundversorgung eingestuft werden und die deshalb während des zweiten Lockdowns geschlossen bleiben müssen, kündigt Premierminister Jean Castex an, dass Geschäfte mit einem mannigfaltigen Angebot nur die Produkte aus ihrem Sortiment verkaufen dürfen, die zur Bewältigung des Alltags grundlegend nötig sind. Dies wird vom Einzelhandel einhellig als eine Begünstigung des Onlinehandels kritisiert.
- 02.11. In einer Schweigeminute wird an allen Schulen des ermordeten Geschichtslehrers Samuel Paty gedacht. Dabei kommt es zu ca. 400 Störungen durch Schüler, die laut Bildungsminister Jean-Michel Blanquer alle bestraft werden sollen.
- 04.11. Bei Demonstrationen türkischer Nationalisten gegen Armenien im Zusammenhang mit dem Krieg zwischen Armenien und Bergkarabach wird u.a. ein Mahnmal, das an den osmanischen Völkermord an den Armeniern 1915 erinnert, beschmiert. Die Regierung ordnet daraufhin per Dekret die Auflösung der „Grauen Wölfe“, einer Vereinigung türkischer Rechts-extremisten, in Frankreich an. Die türkische Regierung protestiert gegen diesen Schritt.
- Präsident Emmanuel Macron antwortet in einem offenen Brief an die Financial Times auf einen dort erschienenen Beitrag, in dem seiner Ansicht nach die französische Haltung gegenüber dem Islam falsch dargestellt wurde. Die Zeitung streicht diesen Artikel daraufhin aus ihrem Online-Angebot und veröffentlicht dort den Brief von Macron.
06. - 08.11. Innenminister Gérald Darmanin besucht Italien, Tunesien, Malta und Algerien um mit Verantwortlichen vor Ort über das Problem der illegalen Einwanderung über das Mittelmeer zu sprechen. Tunesien erklärt sich bereit, Personen, die aus Frankreich ausgewiesen werden sollen, und die nachweislich tunesische Staatsbürger sind, aufzunehmen.
08. - 09.11. Bei einem Besuch in Ägypten und Marokko betont Außenminister Jean-Yves Le Drian die Verbindung Frankreichs zur arabischen Welt und die Notwendigkeit mit den Ländern, die ihr angehören, zusammenzuarbeiten und versucht so, die durch die neuerliche

- 
- Veröffentlichung von Mohammed-Karikaturen in der Satirezeitschrift Charlie Hebdo belasteten Beziehungen zu entspannen.
- 11.11. Die sterblichen Überreste des Schriftstellers Maurice Genevoix werden in den Panthéon überführt, Präsident Emmanuel Macron möchte damit die Generation der Teilnehmer am Ersten Weltkrieg würdigen.
- 14.11. 180 Bürgermeister aus dem linken bis rechten politischen Spektrum, die Städten mit Problemvierteln vorstehen, fordern Präsident Emmanuel Macron in einem offenen Brief auf, bei den Maßnahmen zur Wiederbelebung der Wirtschaft stärker die Bedürfnisse ihrer Gemeinden zu berücksichtigen und ihnen 1 % der dafür vorgesehenen 100 Mrd. € zu Gute kommen zu lassen. Am 23. November sagt ihnen Premierminister Jean Castex in einer Videokonferenz die geforderte Unterstützung zu.
- 17.11. In einer Videokonferenz mit Vertretern des Profi- und Amateursports sichert Präsident Emmanuel Macron Vereinen, Föderationen und anderen Organisatoren von Sportereignissen 107 Mill. € Unterstützung zum Ausgleich ihrer Verluste zu.
- Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer bekräftigt in einem virtuellen Vortrag vor Studierenden der Helmut-Schmidt-Universität in Hamburg ihre Meinung, dass eine strategische Autonomie Europas ohne die Unterstützung der NATO und der Vereinigten Staaten eine Illusion sei. Präsident Emmanuel Macron hatte Kramp-Karrenbauer deshalb am Tag zuvor in einem Interview mit der Zeitschrift *Le Grand Continent* vorgeworfen, dass sie die Geschichte fehlinterpretiere. Europa würde, so Macron, als Alliiertes von den USA nur ernst genommen, wenn es eigenverantwortlich für seine Verteidigung einstehen könne.
- 21.11. Eine Polizeikontrolle des dunkelhäutigen Musikproduzenten Michel Zecler eskaliert. Vier Polizisten schlagen ihn im Eingangsbereich seines Studios zusammen und beleidigen ihn rassistisch. Eine Filmaufnahme dieses Angriffs gelangt an die Öffentlichkeit und ruft zahlreiche Reaktionen hervor, gegen die beteiligten Beamten wird Anklage erhoben.
- 23.11. Die Polizei räumt ein kurz zuvor von Aktivisten errichtetes Flüchtlingslager auf der Place de la République in Paris und wird wegen ihres gewaltsamen Vorgehens dabei auch von Regierungsvertretern kritisiert.
- Bis zum Jahresende sollen alle nicht genehmigten Lager geräumt und parallel dazu 16.000 neue Plätze zur Unterbringung von Geflüchteten eingerichtet werden.
- Umweltministerin Barbara Pompili und Justizminister Eric Dupond-Moretti erklären den Teilnehmern des Bürgerkonvents, der Vorschläge für einen besseren Klimaschutz ausgearbeitet hat, dass der Ökozid, anders als von ihnen gefordert, nicht als Verbrechen, sondern nur als Delikt in die Strafgesetzgebung aufgenommen werden soll.
- 24.11. Die Assemblée Nationale stimmt dem Vorschlag für ein Gesetz zur „globalen Sicherheit“ zu. Artikel 24 des Gesetzes verbietet es, Polizisten bei der Arbeit zu filmen, wenn diese Aufnahmen ihnen psychisch oder physisch schaden könnten. Eine Zuwiderhandlung kann mit Geldbußen bis zu 45.000 € und einem Jahr Haft bestraft werden. Polizeigewerkschaften hatten dies zum besseren Schutz der Privatsphäre der Beamten gefordert, Medienvertreter sehen darin eine Gefahr für die Pressefreiheit.
- Umweltministerin Barbara Pompili stellt eine neue Regelung zur Senkung des Ausstoß von Treibhausgasen vor: Ab Sommer 2021 wird der Einbau von Gasheizungen in neu gebaute Ein- oder Zweifamilienhäuser nicht mehr genehmigt, für Mehrfamilienhäuser ist dies ab Anfang 2024 der Fall.
- 26.11. Premierminister Jean Castex beruft eine unabhängige Kommission ein, die über den umstrittenen Artikel 24 des Gesetzes zur „globalen Sicherheit“ befinden und die Regierung dazu beraten soll. Vertreter von Verlagen und der Nichtregierungsorganisation Reporter ohne Grenzen nehmen an der ersten Sitzung teil, Vertreter von Journalistengewerkschaften und -vereinigungen lehnen dies ab.
- 27.11. Regionalratspräsident Jean Rottner, Ministerpräsident Winfried Kretschmann, Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Ministerpräsident Tobias Hans unterzeichnen in einer Videokonferenz einen Beistandspakt für eine verstärkte grenzüberschreitende Kooperation und Koordination zwischen der Région Grand Est, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und dem Saarland.
-

- 
- 28.11. Laut Angaben des Innenministeriums demonstrieren 133.000 Menschen in verschiedenen Städten gegen Polizeigewalt und -rassismus und gegen den Artikel 24 des neuen Sicherheitsgesetzes.
  - 30.11. Vertreter der Regierungsfractionen erklären, dass der umstrittene Artikel 24 neu formuliert werden soll, sobald das Gesetz zur „globalen Sicherheit“ vom Senat an die Assemblée Nationale zurückverwiesen wird. Dadurch sollen Unklarheiten bei seiner Auslegung verhindert werden.

## Dezember 2020

- 01.12. In einer gemeinsamen Erklärung zum NATO-Reflexionsprozess unterstützen Bundesaußenminister Heiko Maas und sein französischer Amtskollege Jean-Yves Le Drian die Empfehlung, das transatlantische Verhältnis wiederzubeleben, und erkennen an, dass größere europäische Verteidigungsanstrengungen das Bündnis und die transatlantische Partnerschaft gleichermaßen stärken.
- 02.12. Valéry Giscard d'Estaing, französischer Präsident von 1974 - 1981, stirbt im Alter von 94 Jahren nach einer Corona-Infektion.
- 07.12. Ägyptens Präsident al-Sisi wird im Rahmen eines dreitägigen Staatsbesuchs in Frankreich von Präsident Emmanuel Macron im Elysée-Palast empfangen und mit dem Großkreuz der Ehrenlegion ausgezeichnet. Menschenrechtsorganisationen protestieren wegen der fortgesetzten Verstöße gegen rechtsstaatliche Prinzipien in Ägypten gegen die Ehrung von al-Sisi.
- 08.12. Beim Besuch eines Werks des französischen Kerntechnikkonzerns Framatome in Le Creusot erklärt Präsident Emmanuel Macron, dass die Kernenergie auch in Zukunft zur Stromproduktion eingesetzt werden müsse, um die im Vertrag von Paris festgelegten Klimaschutzziele zu erreichen. Der kerntechnische Sektor sei für die strategische Unabhängigkeit des Landes von großer Bedeutung, so Macron weiter. Der neue Flugzeugträger, der 2038 in Dienst gestellt werden soll, wird mit einem Kernenergieantrieb ausgestattet werden.  
In einem Brief an die Polizeigewerkschaft Unité SGP Police-FO erklärt Präsident Emmanuel Macron seinen Willen, die Bedingungen der Amtsausübung für die Polizeibeamten und das Verhältnis zwischen Sicherheitskräften und Bevölkerung verbessern zu wollen. Dazu soll im Januar 2021 ein runder Tisch mit Vertretern von Polizei, Politik und Zivilgesellschaft einberufen werden.
- 09.12. Das Kabinett verabschiedet ein Gesetz zur „Stärkung der Prinzipien der Republik“, mit dem sich der Staat gegen extremistische Strömungen wehren möchte. U.a. ist es nun strafbar, das Leben eines anderen durch Verbreitung von Informationen über dessen Privat- und Familienleben oder seinen Beruf in Gefahr zu bringen, Moscheen oder islamische Vereine müssen künftig die Herkunft von Spenden über 10.000 € angeben.
- 10.12. Die Verhandlungen im Prozess gegen Nicolas Sarkozy, französischer Präsident von 2007 - 2012, wegen Korruption werden abgeschlossen: Die Staatsanwaltschaft fordert für ihn vier Jahre Gefängnis, davon zwei auf Bewährung; seine Anwälte seinen Freispruch. Das Gericht hat bis zum 1. März 2021 Zeit, sein Urteil zu verkünden.  
Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier und sein französischer Amtskollege Bruno Le Maire erklären in einem Interview, das parallel in den Tageszeitungen Handelsblatt und Les Échos erscheint, ihre gemeinsame Absicht, die europäische Wirtschaft mit industriepolitischen Initiativen zu beleben.  
Bei ihrem Treffen in Berlin drücken sie auch ihr Einvernehmen darüber aus, dass Europa seinen unabhängigen Zugang zum All auf der Grundlage eines technologieoffenen Ansatzes der europäischen Unternehmen stärken und deshalb auch das Projekt Ariane 6 erfolgreich abgeschlossen werden müsse.
- 11.12. Der französische Pharmahersteller Sanofi und sein britisches Partnerunternehmen GlaxoSmithKline erklären, dass ihr Impfstoff gegen das Corona-Virus anders als angekündigt nicht Mitte 2021, sondern vermutlich erst im vierten Quartal 2021 zur Verfügung stehen wird.
- 14.12. Bei einem Treffen mit Bürgern, die an der Konvention für das Klima mitgearbeitet haben, erklärt Präsident Emmanuel Macron seine Absicht, ein Referendum über eine Ergänzung des ersten Artikels der Verfassung durchführen zu lassen: Die Bürger sollen darüber

- 
- entscheiden, ob er um die Garantie der Republik, Umwelt und Biodiversität zu bewahren, erweitert wird oder nicht.
- Die DRF Luftrettung und Luxemburg Air Rescue werden gemeinsam für ihren herausragenden Beitrag zur deutsch-französischen Solidarität während der Pandemie mit dem Adenauer-De Gaulle-Preis 2020 ausgezeichnet.
- 15.12. Die im Juli 2020 gewählte Bürgermeisterin von Marseille Michèle Rubirola erklärt, aus gesundheitlichen Gründen ihr Amt mit ihrem ersten Stellvertreter Benoît Payan tauschen zu wollen. Am 21. Dezember wird Payan von 53 der 101 Stadträte zum neuen Bürgermeister gewählt, die Stadträte von Les Républicains (LR) bezeichnen diese Wahl als illegitim und nehmen aus Protest nicht daran teil.
- Mehrere tausend Demonstranten fordern in Paris und 20 anderen französischen Städten Kulturstätten wie Kinos, Museen, Theater und Konzertsäle wieder für die Menschen zu öffnen.
- 16.12. Im Prozess gegen 14 Personen, die wegen einer Mittäterschaft bei den Terroranschlägen im Januar 2015 angeklagt waren, werden die Urteile gesprochen: Der Hauptangeklagte erhält eine 30jährige Haftstrafe, die 13 weiteren Angeklagten, drei von ihnen in Abwesenheit, werden zu Strafen von vier Jahren Gefängnis bis zu lebenslänglicher Haft verurteilt.
- 17.12. Das Büro von Präsident Emmanuel Macron teilt mit, dass sich der Präsident mit dem Corona-Virus infiziert und in der präsidentialen Residenz La Lanterne isoliert hat.
- Die Menschenrechtskommissarin des Europarats, Dunja Mijatovic, fordert in einem Brief an die Mitglieder der Rechtskommission und den Präsidenten des Senats die Kammer auf, den Gesetzentwurf zur globalen Sicherheit menschenrechtsfreundlicher zu gestalten.
- 22.12. Der Staatsrat verbietet der Polizei die Nutzung von Drohnen zur Überwachung von Demonstrationen. Dieses Verfahren müsse gesetzlich geregelt werden, zum jetzigen Zeitpunkt bestünden ernsthafte Zweifel an seiner Legalität.
- 28.12. Der Rektor der großen Pariser Moschee Chems-Eddine Hafiz zieht sich aus dem nationalen Rat der Imame mit der Begründung zurück, dass das Gremium zu sehr von islamistischen Kräften innerhalb des Conseil français du culte musulman (dt. französischer Rat der muslimischen Religion) beeinflusst würde. Die Regierung möchte gemeinsam mit dem Rat die Ausbildung von Imamen im Einklang mit republikanischen Werten innerhalb Frankreichs organisieren.